

Brief direkt an die Mitglieder des Europa-Parlamentes

(dieselbe Canterbury-Anschrift und adressieren – mit MEP, nicht MP – wie in Großbritannien)

Name
Anschrift 1
Stadt
Land

6 Juli 2010

Sehr geehrtes Mitglied des Europa-Parlamentes,

können Sie uns helfen, um einigen Ihrer Wähler in Deutschland zu helfen? Während der 1990er Jahre habe tausende deutsche Bürger ihre Rentenversicherungen bei einem britischen Lebensversicherer angespart, der Equitable Life. Diese Gesellschaft durfte ihre Produkte in Deutschland vermarkten. Als Equitable Life im Jahr 2000 in Konkurs ging, verloren diese Anleger leider einen Großteil ihres Geldes. Seitdem kämpfen wir als größte Bürgerinitiative mit über 40.000 Mitgliedern für die Erstattung des Geldes, das aufgrund mangelnder Beaufsichtigung und Regulierung durch die britische Regierung verloren wurde.

2007 stimmten über 600 Mitglieder aufgrund der speziellen Anfrage „EQUI“ des Europa-Parlamentes (siehe www.europarl.europa.eu/comparl/tempcom/equi/default_en.htm) dafür, die britische Regierung anzurufen, eine Entschädigung für diejenigen herbeizuführen, die ihr Geld verloren haben. 2008, nach vierjährigen Untersuchungen, empfiehlt auch der parlamentarische Ombudsmann Großbritanniens eine Entschädigung für das sogenannte „Jahrzehnt regelmäßigen Versagens“. Die Regierung lehnte dies jedoch mit der Begründung ab, dass man lediglich „freiwillige Zahlungen“ leisten wolle.

Während der jüngsten britischen Parlamentswahlen plädierten 380 der 650 neuen Mitglieder des Parlamentes für eine angemessene Entschädigung, die „schnell, einfach, transparent und fair“ sein sollte, und dieses Versprechen kam von beiden Koalitionsparteien der neuen Regierung. Wir glaubten, nach zehn Jahren des Kämpfens für eine faire Entschädigung einen Erfolg zu verspüren.

Jetzt sieht es jedoch so aus, als wolle uns die neue Regierung übervorteilen. Sie macht sich nicht nur die gleichen unehrlichen Methoden der vorherigen Regierung zu eigen, indem sie darauf abzielt, unsere Verluste als weitaus geringer einzuschätzen, sondern verweigert uns auch noch den Einblick in die ihrerseits angestellten Berechnungen. Es gilt als sicher, dass sogar dieser Betrag aufgrund der finanziellen Probleme Großbritanniens noch stark gekürzt wird. Das bedeutet, dass uns lediglich 1 Milliarde der 4,7 Milliarden von unseren Rentenansprüchen bleiben wird. Die verantwortlichen Regulierungsbehörden saßen in Großbritannien. Dennoch erweckt es den Anschein, dass man eine Haftung gegenüber den deutschen Opfern dieses Skandals nicht anerkennen will.

Wir befürchten, dass deutsche Opfer dieser Fehler britischer Regulierungsbehörden nicht nur aufgrund unaufrichtiger Bewertungen der Verluste sehr schlecht behandelt werden, sondern auch unter den finanziellen Problemen Großbritanniens zu leiden haben, die in keinem Zusammenhang mit der Angelegenheit stehen. Wir gehen davon aus, dass die Opfer aufgrund des erbärmlichen Versagens der britischen Regulierungsbehörden weniger als 20% ihrer wirklichen Verluste erhalten werden.

Können Sie Ihren Einfluss dahingehend nutzen, dass diese Opfer einen hundertprozentigen Ausgleich für das erhalten, was ihnen rechtmäßig zusteht?

Paul Braithwaite, Generalsekretär, EMAG (www.emag.org.uk)

Equitable Life Ausgleich:

Würden Sie nur 20% Ihrer Verluste akzeptieren?

Sehr geehrter Versicherungsnehmer,

mit dem Regierungswechsel in Großbritannien im Mai sah es so aus, als würden mehrere tausend Versicherungsnehmer in Deutschland (und Irland) zusammen mit vielen weiteren Geschädigten in Großbritannien endlich den verdienten Ausgleich für ihre aufgrund schwerwiegenden Versagens britischer Finanzregulierungsbehörden in Bezug auf die durch die Equitable Life zwischen 1990 und 2000 entstandenen Verluste erhalten.

Die EMAG ist die führende Interessengruppe hinsichtlich Equitable, und wir sind jetzt alarmiert, dass die neue Regierung trotz der Zusagen scheinbar mit den gleichen beschämenden Tricks des britischen Finanzministeriums fortfährt. Letzteres war charakteristisch für die vorherige Regierung, die nur einen Bruchteil dessen, was uns zusteht, auszahlen wollte; die neue Regierung macht nun zwangsläufig ebenfalls die Armut dafür verantwortlich. Diese Armut war jedoch im Sommer 2001, als die Entschädigung an alle Equitable-Anleger ausgezahlt werden sollte, noch nicht ausgebrochen. Welch eine Schande.

Wir befürchten, dass Sie Ihre vollständige Entschädigung, zu der Sie laut europäischem Recht berechtigt sind, NICHT erhalten, wenn die Mitglieder des europäischen und britischen Parlamentes (MEPs und MPs) jetzt nicht sehr schnell intervenieren. Britische Zeitungen schlagen vor, dass die britische Regierung versuchen könnte, Opfer wie Sie und jene in Großbritannien mit nur lediglich 20% des wirklichen Verlustes zu abzuspeisen! Warum sollten deutsche Anleger nicht 100% der Entschädigung erhalten, zumal der EQUI-Bericht für das Europa-Parlament das für Ihr gutes Recht hält?

Wir möchten Sie bitten, im Sinne einer fairen Entschädigung dringend an deutsche Mitglieder des Europa-Parlamentes zu schreiben und an die Empfehlung des EQUI-Untersuchungsausschusses bezüglich Equitable Life für eine Entschädigung zu erinnern, und um seine/ihre dringende Hilfe zu bitten.

Sie verdienen einen angemessenen Ausgleich für die Verluste, die im Jahr 2000 aufgrund des nahen Zusammenbruchs sowie 2001 und 2002 hinsichtlich resultierender Einschnitte bei den Versicherungswerten erlitten wurden. Seit neun Jahren kämpfen wir bei der EMAG nur dafür. Es war ein harter Kampf mit der britischen Regierung, insbesondere mit den Finanzbehörden (das britische Finanzministerium). So glaubten wir uns im vergangenen Monat nach der Wahl der konservativen und liberal-demokratischen Koalition kurz vor unserem Ziel. Wir sind jetzt allerdings besorgt, dass die neue Regierung unter dem Einfluss derselben Finanzbehörden ihre kürzlich gemachten Zusagen an uns nicht gewillt ist einzuhalten.

2008 hat der britische parlamentarische Ombudsmann nach vierjährigen Untersuchungen einen detaillierten Bericht vorgelegt, der folgerte, dass die Regierung es versäumt hatte, die Equitable in den 1990er Jahren über mindestens zehn Jahre angemessen zu kontrollieren. Die Regierung akzeptierte dann widerwillig nur einige dieser Erkenntnisse nach 1999, wies jedoch diejenigen zurück, die für die großen Verluste verantwortlich waren. Wir bei der EMAG haben sehr viel Geld investiert, um diesen unfairen Zurückweisungen vor Gericht

erfolgreich zu begegnen. Anstatt der Empfehlung des Ombudsmannes zu folgen, eine unabhängige Kommission zu schaffen, berief die letzte Regierung (im Januar 1999) einen pensionierten Richter ein, der sich mit dem Finanzministerium verständigen sollte. Die Aufgabenstellung wurde sorgfältig so ausgerichtet, die Ausgleichszahlungen zu minimieren und NUR denjenigen zukommen zu lassen, die „unverhältnismäßig stark betroffen“ waren. Das ist keine Entschädigung.

Im Mai konnten wir jedoch die neue Regierung überzeugen, die Absicht bekannt zu geben, „der Empfehlung des Ombudsmannes zu folgen und den Versicherungsnehmern von Equitable mithilfe eines unabhängigen Auszahlungsplanes faire und transparente Zahlungen für ihren relativen Verlust als Konsequenz für mangelnde Regulierung zu bewilligen“. Wir haben erwartet, dass die neue Regierung ein unabhängiges Gericht schaffen würde, das über unsere Verluste entscheidet, einen Plan ausarbeitet und die faire Verteilung der Ausgleichszahlungen überwachen würde. Zu unserer Bestürzung wurde allerdings entschieden, das veraltete Verfahren mit dem pensionierten Richter völlig unverändert zu übernehmen. Wenn nun dieser Richter bald seinen Bericht vorlegt, ohne uns zuvor Einblick oder die Möglichkeit zu gewähren, diesem Bericht und seinen Beschlüssen zu begegnen, dann wird sich die britische Regierung anstatt für die geplante Auszahlung für eine total abgespeckte Entschädigung entscheiden – kurz bevor die britischen Parlamentsmitglieder ihren Sommerurlaub beginnen.

Wir vermuten, dass die Entschädigungssumme der Regierung bis auf £1 Milliarde sinken könnte. Das sind nur 20% der von der EMAG weithin akzeptierten Einschätzungen der vergleichsweise wirklichen £4,7 Milliarden der Anleger.

Ihnen steht eine hundertprozentige Entschädigung Ihrer Verluste zu, aber die britische Regierung versucht, Sie zu übervorteilen. Gemäß europäischer Rechtslage waren die britischen Regulierungsbehörden für den Verbraucherschutz verantwortlich. Das ist Ihre letzte Chance, hier Ihre Stimme zu erheben.

Schreiben Sie bitte HEUTE noch an so viele Mitglieder des Europa-Parlamentes wie möglich und fordern, dass die Ihnen zustehende Gesamtsumme der Ausgleichszahlung fair sein und aufgrund der britischen Finanzprobleme nicht reduziert werden sollte. Mit Ihrer Hilfe besteht wirklich Hoffnung, dass wir einen Sinneswandel herbeiführen können, und die britische Regierung „das Richtige“ für uns alle entscheidet.

Mit freundlichen Grüßen

Paul Braithwaite

Generalsekretär der Equitable Members' Action Group (EMAG)

Kommen Sie zu EMAG und zahlen Ihren Jahresbeitrag von €30 per Kreditkarte über unsere Website: www.emag.org.uk

Kontaktdaten aller deutschen Mitglieder des Europa-Parlamentes finden Sie unter: <http://www.europarl.europa.eu/members/public/geoSearch/search.do?country=DE&language=EN>

EMAG-Entschädigungsdatenblatt Juli 2010

Fakten, die Sie Ihrem Mitglied des Europa-Parlamentes nennen können, wenn Sie ihn treffen oder anschreiben

- Warum sollte eine faire Ausgleichszahlung für tausende deutsche (und irische) Equitable-Anleger nur aufgrund der schlechten Wirtschaftslage Großbritanniens reduziert werden?
- Bis dato hat die britische Regierung nicht eine Minute über die 15.000 von dem Skandal betroffenen europäischen Anleger nachgedacht. Es besteht zwischen dem britischen Finanzministerium und den deutschen oder irischen Regulierungsbehörden KEINE Kommunikation! Es liegt die Vermutung nahe, dass Sie alle das gleiche Geld wie in Großbritannien erhalten. Ist das die faire Behandlung von einem Mitgliedsstaat, auf dessen rechtmäßigen Schutz durch britische Regulierungsbehörden Sie sich verlassen haben?
- Das britische Finanzministerium hat sich geweigert, der EMAG zu zeigen, auf welcher Grundlage sich die Ausgleichszahlung errechnet – warum verweigert man etwas, wenn man nichts zu verbergen hat?
- Die Einschätzung von der EMAG für die fällige Ausgleichszahlung (unsere Verluste) betrug 2008 bei Veröffentlichung durch den britischen parlamentarischen Ombudsmann £4,7 Milliarden. Seitdem folgten weitere Zinsverluste und Ausfälle aufgrund von Inflation etc., sodass sich eine begründete Einschätzung von £5 Milliarden ergibt.
- Im Juli 2001 teilte der Vorstand der britischen Finanzregulierungsbehörde (FSA), Sir Howard Davies, dem Finanzministerium und der Bank von England mit, dass es zwischen £3 und £5 Milliarden kosten würde, Equitable solvent zu halten. Hätte man Equitable Life zu diesem Zeitpunkt den Untergang ermöglicht, dann wäre der Financial Services Compensation Scheme (FSCS) davon ausgegangen, uns einen Ausgleich von 90% unserer garantierten Policenwerte zu zahlen.
- 2001 beliefen sich die Kürzungen von Equitable Life bei den Policenwerten auf insgesamt £4,9 Milliarden.
- Am 3. April 2010 beschäftigte sich der Leitartikel der Daily Mail auf der Titelseite mit dem Problem: *„Bis zu eine Million Opfer des Equitable Life Skandals werden entschädigt, wenn die Tories an Einfluss gewinnen. Versicherungsnehmer und die Familien von 30.000 Verstorbenen warten auf Gerechtigkeit und erhalten schnelle Auszahlungen bis zu insgesamt £1Milliarde.“*
- Der Rat des pensionierten Richters Sir John Chadwick von der früheren britischen Regierung lautete, die Verlustbewertung mit jedem verfügbaren Mittel zu reduzieren und diese Reduzierungen den anderen Parteien zuzuweisen, sodass lediglich Opfer entschädigt werden sollten, die „unverhältnismäßig stark betroffen“ seien. Der letzte Trick sollte sein, zwei Verlustkategorien zu schaffen, von der eine auf der Fantasienvorstellung beruht, wie es Equitable Life verglichen mit anderen Unternehmen mit schlechterer Performance wahrscheinlich ergangen wäre, wenn die Gesellschaft reguliert worden wäre. Sie können sich sicher sein, dass die Unterschiede der Erträge verschwindend gering gewesen wären, sodass wir aus dem Grund kein Geld verloren hätten! Wenn wir uns nicht laut genug beschwerten, wird das der Trick sein, den man anwendet, um zu beurteilen, warum wir definitiv nicht viel verloren haben.
- Die Versicherungsmathematiker, welche die Berechnungen für das britische

Finanzministerium anstellen, Towers Watson, werden von einem Gremium weiterer Versicherungsmathematiker „begutachtet“, die sich wiederum selbst aufgestellt haben. Halten Sie das für unabhängig? All das geschieht hinter verschlossenen Türen. Ferner wird der EMAG weder Einblick in ihre Arbeit gewährt noch die Möglichkeit gegeben, der Herausforderung zu begegnen.

- Ungeachtet wiederholter Anträge seitens der EMAG verweigert die neue britische Regierung es, die Aufgabenstellungen des pensionierten Richters so zu modifizieren, dass sie sich von denen der vorherigen Regierung abheben. Einige stehen absolut im Widerspruch zu den Empfehlungen des britischen Ombudsmannes für die unabhängige Festlegung einer Entschädigung sowie kürzlichen Zusagen der neuen Regierung.
- Der neue Finanzminister, Mark Hoban, äußerte, den von der britischen Regierung zu zahlenden kleinen Entschädigungsbetrag Mitte Juli und sofort nach Veröffentlichung des dubiosen Berichtes des Richters durch das Finanzministeriums bekannt geben zu wollen. Jedoch ist dieser Bericht völlig überholt, da die Aufgabenstellungen mit der Verpflichtung der neuen Regierung im Sinne einer fairen Entschädigung für die durch den parlamentarischen Ombudsmann in seinem Bericht offengelegten Ungerechtigkeiten und dem Ruf nach Fairness im Widerspruch stehen. Es sieht danach aus, als würde der diskreditierte Plan der vorherigen Regierung wieder hervorgeholt, jedoch mit einem unveränderten Auszahlungsbetrag, was bedauerlicherweise völlig unzulänglich ist. Wir sollen alle betrogen werden.